

Die österreichische Industrie und der Ausgleich mit Ungarn.

Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs.

Am 22. d. fand im kleinen Festsaale des Industriehauses unter sehr zahlreicher Beteiligung die diesjährige Delegiertenversammlung des Zentralverbandes der Industriellen Oesterreichs statt.

Der Vorsitzende Präsident Sektionschef a. D. Dr. Siegmund Prossje wies in seinen Bemerkungen zum Geschäftsbericht darauf hin,

daß der Zentralverband im abgelaufenen Jahre in stetem Einvernehmen mit den andern zentralen industriellen Verbänden vorgegangen ist, und bemerkte, daß für die Zukunft nicht nur eine Aufrechterhaltung, sondern auch eine Ausgestaltung der hergestellten Verbindung zu erhoffen sei. Auch die nächste Zukunft werde der industriellen Organisation ein reiches Feld der Betätigung bieten: der Uebergang zur Friedenswirtschaft, die Ordnung der innerpolitischen Zustände, die Neuordnung der handelspolitischen Verhältnisse zu den verbündeten Staaten und zu den derzeit feindlichen Staaten und schließlich als Voraussetzung hierfür die Ordnung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse zu Ungarn seien die wichtigsten der bevorstehenden Aufgaben; an allen diesen Fragen sei auch die Industrie beteiligt und werde bei ihrer Lösung mitzuwirken berufen sein. Sie werde ihre Stellung nehmen in Wahrung ihrer berechtigten Interessen, aber auch in dem Bewußtsein der Verantwortung, die sie als einer der Grundpfeiler des Staates trage, geleitet von hingebungsvoller Vaterlandsliebe, in fester Zuversicht und im Vertrauen auf die hohe Weisheit ihres obersten Schutzherrn, unsres Kaisers.

Präsident Better dankt im Namen des Bundes österreichischer Industrieller für die erfolgreichen Bemühungen des Vorsitzenden um ein stetes Zusammenarbeiten der zentralen industriellen Verbände und gibt auch feierlich der Hoffnung Ausdruck, daß die Verbände in Zukunft nur unter dem Gesichtspunkt der ihnen anvertrauten Interessenwahrung der Gesamtindustrie die gemeinsame Arbeit fortsetzen und so eine immer enger werdende Verbindung der Organisationen herbeiführen werden.

Vortrag des Dr. v. Licht.

Hierauf erstattete der Verbandsanwalt Reichsratsabgeordneter Dr. Stephan v. Licht ein Referat über „Die Industrie und der Ausgleich“. Er führte im Wesen aus: Die Vorarbeiten für die Verhandlungen der Regierungen Oesterreichs und Ungarns, hier bereits unter Mitwirkung der Fachkreise, haben begonnen. Die ungarische Regierung ließ verlautbaren, daß sie während der Kriegsbauer die Entscheidung der Gesetzgebung nicht provozieren, sondern nur in den Hauptpunkten eine Einigung mit der österreichischen Regierung erzielen wolle. Wie weit diese Einigung uns binden soll, ist nicht klar. Betont ist in der Rundgebung das Interesse des ungarischen Staates; um so mehr ist Anlaß für die österreichische Industrie, bestimmte Stellung zu nehmen. Das frühere Zoll- und Handelsbündnis und der gegenwärtige Zoll- und Handelsvertrag, der gleichfalls die einheitliche Zolllinie gesichert hat, sollten die Wirtschaftsgemeinschaft und die Verkehrsfreiheit der beiden Staatsgebiete von Zeit zu Zeit festlegen. Es ist dringend notwendig, die stete Wiederkehr der Ausgleichskämpfe aus dem Staats- und Wirtschaftsleben der Monarchie und ihrer beiden Staaten auszuschalten.

Vor allem aber handelt es sich darum, daß die Vereinbarungen über das einheitliche Zoll-, Wirtschafts- und Verkehrsgebiet auf eine lange Dauer, ungefähr die einer Generation, somit etwa 25 Jahre, gebunden werde. Vom langfristigen Ausgleich war schon vor zehn Jahren die Rede, allerdings unter der Annahme von Zwischensolln, die jetzt ebenso wie damals unbedingt abgelehnt werden müssen. Eine Zwischenzolllinie würde den Weg nicht allein zur wirtschaftlichen Trennung beschreiten heißen und wäre im vollsten Widerspruche zu dem so feierlich betonten Grundsatz der Untrennbarkeit und Unteilbarkeit der beiden Staaten der Monarchie. Sie wäre auch gegen das wirtschaftliche Interesse der Bevölkerung der beiden Staaten und Stände, auch im vollen Widerspruch zu der in beiden Staaten immer mehr sich durchringenden Ueberzeugung, daß die Monarchie mit dem eng verbündeten Deutschen Reich auch wirtschaftlich sich möglichst zusammenzuschließen solle. Auch bei der Behandlung dieser Frage zeichnen sich bereits nach der langen und eindringlichen Erörterung für

die Industrie die Richtlinien ihres Verhaltens in der Betonung der Notwendigkeit einer gemeinsamen Handelspolitik der österreichisch-ungarischen Monarchie und des Deutschen Reiches, um gegen die nach der Beendigung des Kriegszustandes voraussichtlich eintretenden Gruppierungen der großen Wirtschaftsmächte die geeinte Kraft der beiden Mittelmächte und der mit ihnen zu einem mitteleuropäischen Bloc eingeschlossenen Staaten in die Waagschale werfen zu können. Die grundsätzliche Einigung der beiden Regierungen auf die dauernde Sicherung der Wirtschaftsgemeinschaft der beiden Staaten ist die unerlässliche Voraussetzung, um dem Deutschen Reich gegenüber in der Frage der wirtschaftlichen Annäherung verhandlungsfähig und vertragsfähig zu sein, da die Vereinbarungen mit dem Deutschen Reich in jedem Fall für eine längere Dauer als die bisher übliche der Handelsverträge getroffen werden müßten.

Die grundsätzlichen Abmachungen könnten von den beiden Regierungen über die Wirtschaftsgemeinschaft, wie dies auch beabsichtigt zu sein scheint, schon jetzt getroffen werden. In allen Einzelfragen des Ausgleiches jedoch, wie zunächst in der Frage des Zolltarifes, bei denen über allgemeine Festsetzungen hinaus in ganz bestimmte sachliche Erwägungen eingetreten werden muß, können jetzt Vereinbarungen nicht zustandekommen. Es fehlen die Grundbedingungen hierfür, für die erst der Friedenszustand die sicheren Voraussetzungen schaffen kann. Dasselbe gilt von den Fragen der Eisenbahn- und Schiffsahrtspolitik, deren Zusammenwirken bei der außerordentlichen Wichtigkeit, die der Donauweg künftighin gewinnen wird, von der größten Bedeutung werden muß. Gerade hier eröffnen sich für unsre Donaumonarchie, die auch den Ueberlandverkehr im neuen Mitteleuropa in erhöhtem Maße gewinnen wird, zumal die Donau-Rhein-Verbindung nunmehr halb eine Tatsache werden dürfte, die größten Aussblicke.